

*Maria João Rodrigues*

## Deutschland und die Zukunft der sozialen Demokratie in Europa

Das Projekt der sozialen Demokratie besteht im Kern darin sicherzustellen, dass eine uneingeschränkte Staatsbürgerschaft für alle mit der marktwirtschaftlichen Dynamik vereinbar ist. Jedem Bürger sollen die gleichen wirtschaftlichen, sozialen und politischen Rechte innerhalb der Marktwirtschaft garantiert werden können. Dabei ist es wichtig daran zu erinnern, dass dieses Projekt einer Zeit entsprungen ist, in der ein Paradigmenwechsel in der Beurteilung sozialer Ungleichheit stattgefunden hat: Individuelle Armut ist nicht alleine durch das wirtschaftliche Versagen des Einzelnen zu erklären, was die konservative Argumentation gerne hervorhebt. Armut ist auch das Resultat von Problemen, die durch das System verursacht werden, in dem sie entsteht. Daher ist es wichtig Rahmenbedingungen zu schaffen, die mehr Gleichheit oder zumindest gleiche Chancen ermöglichen.

Dieser Paradigmenwechsel in der Betrachtung von Armut und Ungleichheit bildete die Grundlage für die Schaffung des Sozialstaates, eines umverteilenden Steuersystems sowie einer wachsenden Regulierung des freien Marktes; um nur die wichtigsten sozialdemokratischen Errungenschaften zu nennen.

Auch heute behält dieser Grundsatz der sozialen Demokratie seine volle Gültigkeit, allerdings müssen angesichts neuer Herausforderungen die Lösungsansätze aktualisiert werden. Eine dieser Herausforderungen besteht in der seit dem 19. Jahrhundert voranschreitenden Globalisierung. Heute kann soziale Demokratie nur effektiv realisiert werden, wenn sich die Nationalstaaten auf eine breitere Palette von grenzübergreifenden politischen Werkzeugen verständigen können. Nur daraus gehen die Bedingungen hervor, die das globale Fi-

nanzsystem, den internationalen Handel und seine Geldflüsse, den Arbeitsmarkt und die Migrationsbewegungen sowie Arbeits-, Umweltstandards und geistiges Eigentum regulieren und schützen können.

Wenn wir die aktuelle politische Agenda der Vereinten Nationen (Millenniums-Entwicklungsziele, nachhaltige Entwicklungsziele, Vereinbarungen zum Klimawandel, WTO-Vereinbarungen) oder die der G20 (Finanzmarkt-Regulierung, Entwicklungs- und Wachstumsstrategien) betrachten, wird schnell klar, dass das sozialdemokratische Projekt noch weit von der Erreichung seiner Ziele in der Europäischen Union entfernt ist. Die konservativen Parteien argumentieren, dass es alleine die Aufgabe der Nationalstaaten sei, sich der Globalisierung anzupassen und die dafür notwendigen Strukturreformen anzugehen. Dies bedeutet für sie hauptsächlich den Abbau des Sozialstaats und die Rücknahme von Marktregulierungen. Das führt dann in der Regel zu größerer sozialer Ungleichheit, innerhalb der Staaten und zwischen ihnen. Sozialdemokraten dürfen sich der Diskussion um die notwendigen Reformen nicht entziehen, sie müssen anerkennen, dass Veränderungen nötig sind, um den Herausforderungen der Globalisierung gerecht zu werden. Sie müssen ihre eigene Agenda verfechten, die sich darauf konzentriert, das Wachstumspotenzial zu vergrößern, die Nachhaltigkeit zu stärken und soziale Ungleichheiten abzubauen. Ein solcher Reformplan muss auch die notwendigen Investitionen für eine zukunftsgerechte Entwicklung beinhalten.

Die Sozialdemokratie war immer ein wichtiger Antreiber und Ideengeber für die

*Sozialdemokraten müssen eigene Agenda verfechten*

europäische Integration und den Aufbau eines wirksamen Schutzschildes im Umgang mit wechselnden globalen Kräften und Zwängen. Ein offener und dennoch regulierter europäischer Markt, eine gemeinsame Handelspolitik innerhalb der EU, gemeinsame Rahmenbedingungen für die europäischen Modelle sozialer Politik und europäische Institutionen wurden unter dem Einfluss sozialdemokratischen Denkens Schritt für Schritt aufgebaut, um über gemeinsame, länderübergreifende Interessen zu entscheiden. Natürlich sah sich das sozialdemokratische Modell in diesem Prozess auch immer mit anderen politischen Entwürfen konfrontiert, aber seine Auswirkungen auf alle beteiligten Länder haben sich als grundsätzlich positiv erwiesen.

Jedoch brach diese Win-win-Situation für alle Mitgliedsländer der Europäischen Union im Zuge der jüngsten Finanzkrise, besonders infolge der Krise der Eurozone, auseinander. Von da an führte die eingeschlagene Politik zur Rettung des Euro und der europäischen Integration zu einem Anwachsen sozialer Ungleichheit; innerhalb und zwischen einzelnen Mitgliedsstaaten.

Die konservativen Parteien schieben die Verantwortung für diese Entwicklung gerne denjenigen Bürgern oder Mitgliedsstaaten zu, die angeblich nicht die notwendigen Anstrengungen zeigten, ihre eigenen Probleme in den Griff zu bekommen. Auch hier sollte aus sozialdemokratischer Perspektive ein zweiter Blick auf diese Erklärung geworfen werden. Was ist, wenn Bürger oder Staaten große Anstrengungen unternehmen, sich aus ihrer widrigen Lage zu befreien, es aber nicht schaffen? Zum Beispiel deshalb, weil sie keinen Zugang zu Krediten für wichtige Investitionen haben; weil der finanzielle Spielraum fehlt, bereits angestoßene Investitionen weiterzuführen; weil sie auf dem freien globalen Markt nicht mehr wettbewerbsfähig sind; weil sie keinen Zugang zu Gesundheitsleistungen

haben; weil die hochqualifizierten Kinder das Land verlassen haben, um im Ausland bessere Lebens- und Karrierebedingungen zu finden? Und was ist, wenn all diese Probleme gleichzeitig auftreten?

Tatsächlich ist dieses Szenario in mehreren Regionen und Ländern Europas eingetreten, speziell in den Ländern, die von der Krise der Eurozone am härtesten getroffen wurden. Unter diesen Bedingungen kann das sozialdemokratische Projekt nicht mehr verwirklicht werden und die politische Unterstützung für die soziale Demokratie wird in diesen Regionen und Staaten Europas fast zwangsweise schrumpfen.

Was können Sozialdemokraten aber in denjenigen Ländern tun, in denen sie momentan noch Regierungsverantwortung tragen? Zunächst sollten sie natürlich für ihre eigene politische Agenda und um ihre Wählerschaft im eigenen Land kämpfen. Das allein reicht freilich nicht mehr aus. Der Rückgang der sozialen Demokratie in anderen Mitgliedsstaaten wird früher oder später zu einem Abbau der Sozial-, Finanz- und Umweltstandards innerhalb des gesamten europäischen Binnenmarkts führen. Über kurz oder lang werden diese Umwälzungen auch den Sozialstaat, die Wettbewerbsregulierung und die höheren sozialen Standards in denjenigen Ländern untergraben, in denen Sozialdemokraten momentan noch Regierungseinfluss haben. Deshalb müssen die Sozialdemokratien in Europa gemeinsam handeln. Die soziale Demokratie wird auf diesem Kontinent nicht überleben können, wenn die europäische Integration nicht auf eine höhere Stufe gehoben wird. Auf der Tagesordnung stehen der Ausbau und das erneute Ausräumen der Wirtschafts- und Fiskalunion in Verbindung mit einer vertieften und stärker demokratisierten politischen Union. Gerade in der Wiege der sozialen Demokratie, in Deutschland, sind diese Überlegungen von besonderer Bedeutung.

### *Abschied von der Win-win-Situation*

Wenn die soziale Demokratie politisch überleben will, sollte die Notwendigkeit des fairen Umgangs miteinander in der Europäischen Union genügen, um Sozialdemokraten länderübergreifend zu überzeugen, dass dringend etwas am aktuellen Kurs der Eurozone geändert werden muss. Die Eurozone sollte dafür sorgen, die Kompetenzen im Finanzmarkt, in der Wirtschaft, im Sozialen und im Politischen zusammenzuführen anstatt sie weiter auseinanderlaufen zu lassen. Dies beinhaltet nicht nur die Verwirklichung der Bankenunion sondern auch eine verstärkte Koordinierung der Wirtschaftspolitik, um die Nachfrage zu stärken, sowie den Aufbau einer durch Steuern gestützten erweiterten europäischen Finanzpolitik. Diese neue finanzielle Ressource könnte das Bündeln von Strukturen fördern, indem sie Reformen und Investitionen unterstützt und die Mitgliedsstaaten vor wirtschaftlichen Schockwellen schützt. All das erfordert aber eine stärkere Koordination und Konsolidierung der Steuern in Europa.

Sicherlich ist eine solche Entwicklung nur durch eine verstärkte demokratische Legitimierung und größere Einbindung der Bürger realisierbar. Welche Argumente könnten die Sozialdemokraten speziell in Deutschland anbringen, um weitere Unterstützung bei den Wählern zu erlangen?

Im Folgenden sind nur einige der zentralen Argumentationslinien angedeutet:

- Der Wechselkurs des Euro ist ganz besonders für Deutschland von Wichtigkeit.
- Deutschlands Wirtschaft profitiert mehr als andere vom europäischen Binnenmarkt.
- Der deutschen Wirtschaft würde es schaden, von Ländern umgeben zu sein, die sich in einer Rezession befinden.
- Das deutsche Wohlfahrtsstaatssystem könnte unter Druck geraten, wenn die (innereuropäische) Migration weiter zunimmt.
- Hohe Arbeitslosenzahlen und soziale Spannungen in anderen Ländern untergraben die politische Akzeptanz für die Europäische Integration ganz allgemein.
- Das wiederum schwächt den Zusammenhalt Europas und somit seinen strategischen Einfluss.
- Europa muss weiter zusammenrücken, um die wachsenden externen Herausforderungen meistern zu können.

Wir brauchen neue Argumentationslinien, um der sozialen Demokratie in Europa eine Zukunft zu ermöglichen. Europa braucht einen *New Deal*, der nur von Sozialdemokraten ausgehandelt werden kann.

*(Übersetzung aus dem Englischen von Julian Heidenreich)*



#### **Maria João Rodrigues**

ist Professorin für Europäische Wirtschaftspolitik an der Université Libre de Bruxelles (IEE-ULB), Sonderberaterin bei den EU-Einrichtungen und stellvertretende Vorsitzende der Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialdemokraten im Europäischen Parlament.

*direct@mariajoaorodrigues.eu*